

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Herausgegeben von

Oberkirchenrat Dr. Hermann EHLERS · Präsident des Deutschen Bundestages · Stellvertretender Vorsitzender der CDU
und Dr. Robert TILLMANNNS, MdB · Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU

1. Jahrgang - Nummer 3

Bonn - im ~~April~~^{Mai} 1953

I N H A L T

EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSGEMEINSCHAFT — JA ODER NEIN? von Dr. Robert Tillmanns, MdB	S. 1
BUNDESINNENMINISTER a.D. DR.DR. GUSTAV HEINEMANN Gestern — und heute?	S. 4
DER SCHULKAMPF IN BADEN-WÜRTTEMBERG von Peter Wenzler	S. 9
AUFFALLENDE GEGENSÄTZE Zwei Gesichter der SPD	S. 12
„KATHOLISCH-KONSERVATIV“ UND „EVANGELISCH-SOZIALISTISCH“ von Dr. Hermann Ehlers	S. 14

EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSGEMEINSCHAFT — JA ODER NEIN?

(Fortsetzung aus Nr. 1 der „Evangelischen Verantwortung“)

von Dr. Robert Tillmanns, MdB

Im Mittelpunkt aller Fragen um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft steht die Frage, ob dieser Vertrag (und auch der Deutschlandvertrag) die Wiedervereinigung Deutschlands hindert oder fördert. Da diese Wiedervereinigung auf friedlichem Wege nur durch eine Verständigung zwischen der Sowjetunion und den Westmächten erreicht werden kann, lautet die Frage genauer: Werden solche Verhandlungen zwischen den Großmächten durch den Zusammenschluß der politischen Kräfte Europas und der westlichen Welt und die Bemühungen um gemeinsame Verteidigung verhindert, oder ist das Gegenteil richtig?

Unter Wiedervereinigung verstehen wir zunächst die Ueberwindung der Spaltung zwischen der sowjetischen Besatzungszone und den Westzonen. Diese Spaltung ist allein die Folge des großen, die ganze Welt umspannenden Gegensatzes, der nach 1945 zwischen der Sowjetunion und den anderen Mächten aufgebrochen ist.

Wie ist dieser Gegensatz entstanden? 1945 waren die Westmächte, insbesondere Amerika, der Meinung, daß die Sowjetunion, die ihr Verbündeter im Kriege war, auch der Verbündete im Frieden bleiben würde. Das war eine grandiose Täuschung. Kurz nach Ende des zweiten Krieges hat sich die sowjetische Politik mit ausgesprochen expansiver Tendenz in allen Teilen der Erde gegen die Westmächte, in erster Linie gegen die USA, gestellt. Der vom Ideologischen und vom Machtmäßigen her entwickelte Anspruch auf weltweite Ausdehnung ist zum beherrschenden Merkmal dieser Politik geworden. Das hat dazu geführt, daß in Osteuropa ein Land nach dem anderen – die Balkanländer, Ungarn, Polen und zuletzt die Tschechoslowakei – entgegen den abgeschlossenen Friedensverträgen in den Machtblock des Bolschewismus einbezogen wurde und heute vom Kreml geleitet wird. Zu diesem Machtbereich gehört in zunehmendem Maße auch die deutsche Sowjetzone.

Der sowjetischen Politik liegt das Axiom zugrunde, daß der Kommunismus unüberwindlich und seine Verbreitung in allen Ländern der Erde gleichsam das Thema der menschlichen Geschichte ist. Erst kürzlich hat der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bei einer Gedenkfeier am Todestag Lenins den endgültigen und unabänderlichen Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt verkündet, den keine irdische Kraft aufhalten könne. Die Kehrseite dieser Grundthese ist die feste Ueberzeugung, daß die nichtkommunistische Welt, ihre staatliche und gesellschaftliche Ordnung, in sich zerfallen muß; daß Klassengegensätze, nationale Spannungen und wirtschaftliche Interessen ihre Völker innerlich aushöhlen und im Verhältnis zueinander in Streitigkeiten, Konflikte und schließlich in Kriege gegeneinander bringen müssen. Das ist das Fundament, von dem die gesamte Politik der Sowjetunion – wir nennen sie die Politik des Kalten Krieges – ausgeht.

Diese Politik des Kalten Krieges ist das grundlegende Faktum der Entwicklung seit 1945 auch für Deutschland. Die Westmächte haben erst verhältnismäßig spät und langsam die Folgerungen daraus gezogen. Sie haben die Vorstellung, Deutschland gemeinsam mit der Sowjetunion verwalten, bestrafen und wirtschaftlich niederhalten zu können, aufgeben müssen zugunsten einer Politik der positiven wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Besatzungszonen, um diesem Teil Deutschlands zusammen mit dem westlichen Europa ein tragfähiges wirtschaftliches Fundament zu geben und ihn damit zu einer aktiven Kraft gegen die bolschewistische Expansion zu machen.

Hand in Hand mit dieser neuen Politik geht zumindest seit Korea das Bemühen um den gemeinsamen Aufbau einer westlichen Verteidigung. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum und eine Mißachtung der Wirklichkeit, wenn hier Ursache und Wirkung verwechselt würden. Ursache ist die sowjetische Politik des Kalten Krieges, Wirkung die westliche Politik des gemeinsamen wirtschaftlichen Aufbaues und der Verteidigung, nicht umgekehrt. Die Sowjets haben seit 1945 ihre Rüstung beharrlich und unausgesetzt vergrößert. Die Westmächte, insbesondere Amerika, haben bis 1950 weitgehend abgerüstet und erst seit dem ihre Verteidigungskraft neu aufgebaut, nicht umgekehrt.

Was bedeutet das für die deutsche Wiedervereinigung?

Sicherlich dies, daß die Sowjetunion unsere Wiedervereinigung in Freiheit nicht zugeht, solange sie glaubt, den Kalten Krieg fortsetzen zu können. Was sollte sie be-

wegen, ihren Zugriff auf die Sowjetzone zu lockern, solange sie noch hofft, das ganze Deutschland zu bekommen? Es gilt, die Sowjetunion dazu zu bringen, daß sie die Politik des Kalten Krieges aufgibt. Was wir tun können ist dies: die Sowjetunion durch unser Verhalten zu der Einsicht bringen, daß die Grundkonzeption ihrer Politik, nämlich ihre Ueberzeugung von der notwendigerweise in Uneinigkeit zerfallenden westlichen Welt, falsch ist. Alle Schritte zur Zusammenfassung der europäischen Kräfte, zur europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit - die Montanunion, die Bemühungen um die Europäische Politische Gemeinschaft - haben dieses eine Ziel: der Sowjetunion zu zeigen, daß die Westmächte nicht in Schwäche auseinanderfallen und damit dem Kalten Krieg zum Erfolg verhelfen, sondern daß sie es fertigbringen, ihre Gegensätze zu überwinden, ihre politische Gemeinschaft zu festigen und eine gesunde Sozialordnung aufzubauen. Die Sowjetunion muß dadurch zur Erkenntnis kommen, daß der Kalte Krieg für sie in absehbarer Zeit nicht zum Erfolg führen kann. Sie müßte ihn also auf unabsehbare Zeit fortsetzen. Ob sie das kann, ist aus mehrfachen Gründen, die mit den inneren großen Aufbauaufgaben der Sowjetunion zusammenhängen, sehr zweifelhaft. Daraus also allein ergibt sich die Chance, daß sich die Sowjetunion zu einer Aenderung ihrer Politik bereit findet, d. h. zu einer Politik des echten Ausgleichs ihrer Interessen mit denen der Westmächte auch in bezug auf Deutschland.

Es gibt keinen anderen Weg zu unserer Wiedervereinigung.

Was sollte die Sowjetunion veranlassen, ihre Position in der Sowjetzone wenigstens politisch abzubauen (das ist die unerläßliche Voraussetzung für die deutsche Einheit und Freiheit), solange sie noch die Hoffnung hat, durch ihre Politik eines Tages von ganz Deutschland, ja Europa, Besitz zu ergreifen? Daß dies heute noch ihr Ziel ist, kann nicht zweifelhaft sein. Erst in dem Telegramm ihres Zentralkomitees an die Kommunistische Partei der Sowjetunion anläßlich des Todes Stalins hat die SED an der Bahre des „großen unsterblichen Führers“ das Gelöbnis erneuert, „ihre Anstrengungen zu vervielfachen, um die Sache von Marx, Engels, Lenin und Stalin in ganz Deutschland zum Siege zu führen“.

Vielleicht sagen nun manche Leser: Gut, das leuchtet ein, aber wozu eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft? Ist das überhaupt nötig? Die Sowjets sind doch davon überzeugt, daß ihnen im Zuge der gesellschaftlichen und politischen Zersetzung der nichtkommunistischen Länder die Macht in diesen Staaten von selbst zufällt. - Das ist grundsätzlich richtig. Aber das Besondere der deutschen Situation besteht darin, daß die Sowjets im Laufe der letzten Jahre erkannt haben, daß ihnen mit rein politischen Mitteln die Machtergreifung hier nicht mehr gelingen kann. Darin unterscheidet sich unsere Lage von der in anderen, z. B. asiatischen, Ländern. In der Sowjetzone Deutschlands und in Berlin hat der Bolschewismus seine Anziehungskraft auf die Masse, den Nimbus seiner Unwiderstehlichkeit verloren.

Wenn also Dr. Heinemann sagt: die Sowjetunion hätte, wenn sie es wollte, seit 1945 in Europa längst eingreifen können; daß sie es aber nicht getan habe, sei ein Beweis dafür, daß sie es auch künftig nicht tun werde - so ist diese Schlußfolgerung unrichtig.

Die Sowjetunion hat bisher nicht eingegriffen, weil sie davon überzeugt war, daß ihr

die Ausdehnung ihrer Macht in Deutschland und Europa mit rein politischen Mitteln, also ohne Gewalt, gelingen würde. Sie weiß seit einigen Jahren, daß sich diese Hoffnung nicht mehr erfüllt. Daraus erwächst die Gefahr, daß sie dazu verleitet werden könnte, es mit Gewalt zu versuchen. Man kann nicht wissen, wie groß oder klein diese Gefahr ist. Sicher ist eins: Sie wird um so größer, je mehr die Sowjetunion zu der Auffassung gebracht wird, daß der Weg der Gewalt für sie ein relativ risikoloser, ein leichter sein würde; sie wird dagegen um so kleiner, je entschiedener der Sowjetunion gezeigt wird, daß ein Appell an die Gewalt zu einem Kriege mit der gesamten übrigen Welt, d. h. für sie selbst zu einem totalen Risiko führen würde, das sie nicht tragen kann. Die Sowjetunion zu dieser letzteren Erkenntnis zu bringen, ist der politische Sinn aller Verteidigungsanstrengungen der Westmächte, in die seit der Erklärung der Außenminister Amerikas, Englands und Frankreichs vom Herbst 1950 auch Deutschland einbezogen worden ist. Ich meine die Erklärung, daß die Weststaaten jeden Angriff auf die Bundesrepublik und auf Berlin als einen Angriff auf sich selbst betrachten würden. Eine solche Politik, die Europa mit Deutschland in den Schutzverband der westlichen Welt einbezieht, ist aber nur durchzuführen, wenn die Europamächte einschließlich Deutschlands sich als Partner an dieser Anstrengung beteiligen.

Sicherlich gibt es gegen diese Politik Bedenken. Risikolose Entscheidungen gibt es, zumal in der gegenwärtigen Situation Deutschlands, überhaupt nicht. Wir werden uns mit diesen Bedenken noch in einem weiteren Beitrag beschäftigen, aber dabei nicht aus dem Auge verlieren, daß der Zusammenschluß Europas und die Wiedervereinigung Deutschlands keine Gegensätze sind, sondern die beiden Grundelemente einer Politik, die auf friedlichem Wege die Ueberwindung unserer Spaltung in Freiheit erstrebt.

BUNDESINNENMINISTER a. D. DR. DR. GUSTAV HEINEMANN

Gestern . . .

. . . und heute?

Dr. Heinemann

(in der Broschüre: „Demokratie und christliche Kirche“, 1946, S.7-8):

„Deutschland wird nunmehr den Weg der Demokratie gehen. Zwei Ansätze stehen hier zur Verfügung. Es sind dies die sozialistische und die christliche demokratische Bewegung. Unter der ersteren ist die im 19. Jahrhundert aufgekommene Sozialdemokratie zu verstehen. Die christ-

Was sagt Dr. Heinemann heute zu den beiden wesentlichen Kräften des demokratischen Aufbaues? Er hat sich – wie er in einem Brief an den Schlesw.-Holst. Wirtschaftsminister Böhrnsen vom 9. Januar 1953 betont – wegen seiner Bedenken gegen die außenpolitische Linie des Bundeskanzlers von der CDU getrennt. Ist Dr. Heinemann etwa durch diese Bedenken gegen die außenpolitische Praxis der CDU seiner Ueberzeugung von damals untreu geworden, daß sich christliche und sozialistische Demokratie zur Entscheidung gegenüberstehen? Es hat den Anschein; denn

liche Demokratie findet ihre Anknüpfung in der alten Zentrumspartei, sowie im Christlichen Volksdienst. Sie hat sich in der neuen Christlich-Demokratischen Union formiert. Der Unterschied zwischen diesen beiden wesentlichen Kräften des demokratischen Aufbaues ist klar. In der sozialistischen Gruppe stehen die anti-bürgerlichen Affekte im Vordergrund, die ihr in der Vergangenheit den Auftrieb gaben. Ihre geistesgeschichtlichen Wurzeln sind im Negativen der Freigeist im Sinne reiner Verneinung von Kirche und Christentum, sowie im Positiven der Marxismus als Gesellschaftslehre und Weltanschauung."

"...Wenn dies unsere heutige innerpolitische Lage ist, so läßt sich ihre Spannung auch dahin umschreiben, daß die christliche und die sozialistische Demokratie sich auf deutschem Boden zur Entscheidung begegnen."

Dr. Heinemann

(am 21. Juli 1949 in Heidelberg):

"Die Vorgänge im Parlamentarischen Rat in Bonn haben deutlich gemacht, daß Sozialdemokratie und Liberale keine politische Heimat für den evangelischen Wähler zu sein vermögen."

Dr. Heinemann

(am 7. Mai 1950 in Gelsenkirchen):

"Der Vorwurf des ‚Parteiengezänks‘ fällt auf die Wähler zurück, die sich nicht auf große politische Parteien konzentrieren und sich deshalb nicht über die Entstehung von Splittergruppen beklagen dürfen. Das in

Dr. Heinemann sprach am 14. Januar 1953 in Wuppertal empört von einer „christlichen und sozialistischen Front“. Und in einer Pressekonferenz am 20. Februar 1953, sowie auf einer Kundgebung am 21. Februar 1953 in Tübingen griff er die CDU heftig mit der Bemerkung an, man falle in der innenpolitischen Auseinandersetzung in die alte Blockbildung von Christen und Roten zurück. Am 1. Dezember 1952 hat Dr. Heinemann in einem Interview mit der Züricher Zeitung „Die Tat“ ausgeführt, es müsse eine neue „nicht-katholische“ Partei geschaffen werden, die Protestanten und Sozialisten Raum biete. Wir müssen Dr. Heinemann fragen: Erwartet er etwa, daß sich die Sozialisten in dieser neuen Partei gegen die sozialistische Demokratie für die christliche Demokratie einsetzen, zu der er sich 1946 so nachdrücklich bekannte?

Es wäre interessant zu erfahren, ob Dr. Heinemann diese Sätze nicht gern unausgesprochen machen würde. Wir dürfen heute von Dr. Heinemann natürlich kaum erwarten, daß er noch gegen Splitterparteien propagandistisch zu Felde zieht, da er inzwischen selbst zum Wortführer einer Splittergruppe geworden ist. Und wenn er sich dagegen

Bonn von der Sozialdemokratie, den Kommunisten und ihrem Anhang beschlossene Wahlrecht des Listensystems treibt ja sowieso unser Parteileben in Zersplitterungen."

Dr. Heinemann

(am 21. Juli 1949 in Heidelberg):

"Warum vertritt die Sozialdemokratie so beharrlich das Listenswahl-system, dieses unglücklichste aller Wahlsysteme, die es gibt? Ich antworte: weil der auf Parteiliste gewählte Abgeordnete zwangsläufig das willfähige Werkzeug der obersten Parteiführung wird..."

Darf ich in aller Freundlichkeit er-innern an das, was wir 1933 erlebt haben. Nur mit dem Verhältniswahlrecht konnte Hitler in der Partei seine Führerdiktatur begründen."

Dr. Heinemann

(am 21. Juli 1949 in Heidelberg):

"Es würde deshalb auch möglich sein, eine evangelische Partei, etwa wie-der den Christlichen Volksdienst, ins Leben zu rufen. Ich habe ihm vor 20 Jahren angehört, aber ich meine, wir sollten ihn oder ähnliches heute nicht wieder ins Leben zurück-rufen. Wer heute in Regierungen und Parlamenten Männer und Frauen am Werk sehen will, die aus einer christlichen Verantwortung handeln, kann es nicht in Absonderung der evangelischen von den katholischen oder der katholischen von den evangelischen Mitbürgern verwirkli-chen, sondern nur in politischer Gemeinschaft beider. Das ist ganz schlicht und einfach der Sinn der Union . . .

wehrt, seine Partei als Splittergruppe zu be-zeichnen, so besagt das nicht allzuviel; denn hat man jemals gehört, daß der Gründer einer Splitterpartei erklärt, er habe eine Splitterpartei gegründet? So wird Dr. Heinemann sicher-lich auch nicht mehr "nein" sagen zum - wie er es 1949 noch bezeichnete - "unglücklichsten aller Wahlsysteme", dem Verhältniswahlrecht. Man sucht daher auch vergeblich im Manifest der Partei Dr. Heinemanns, der Gesamtdeutschen Volkspartei, eine Stellungnahme zum Wahlrecht, obwohl in diesem Manifest sonst nicht mit Worten gekargt wird.

Es ist ein offenes Geheimnis - und Dr. Heinemann läßt seine neue Partei gern so etikettieren -, daß sich die Gesamtdeutsche Volkspartei in erster Linie an die evangelischen Menschen wendet. Obwohl merkwürdigerweise im Vorstand dieser Partei außer Dr. Heinemann kaum Prote-stanten sitzen, hindert das die GVP jedoch nicht, sich beinahe ausschließlich in evange-lischen Kreisen nach Wählerstimmen eifrig um-zutun. Und das liegt genau auf der Ebene der Erklärung Dr. Heinemanns in dem Interview mit der Züricher "Tat", daß eine neue "nicht-katho-lische Partei" geschaffen werden müsse. Dabei sagte Dr. Heinemann am 10. April 1949 in Essen wörtlich: "Es muß sich nun endlich das zusammen-finden, was aus christlicher Wurzel heraus gleiche Ziele hat"! Dr. Heinemann hat also offensichtlich seinen 1949 proklamierten Grund-satz von der politischen Gemeinschaft beider Konfessionen als dem Sinn der Union still zu Grabe getragen. Heute nennt er die Bemühungen

Nun frage ich, sollen evangelische und katholische Staatsbürger bei solcher Situation politisch getrennt oder gar gegeneinander handeln, obwohl sie als Staatsbürger gemeinsame Anliegen haben?"

der CDU sehr unsachlich „christliche Maskierung politischer Zielsetzungen“ (Brief Dr. Heinemanns an den Schlesw.-Holst. Wirtschaftsminister Böhrnsen vom 9. Januar 1953). Ein solches Wort verträgt sich schwerlich mit der Proklamation im Manifest der Heinemann-Partei: „Wir alle können nur durch Versöhnlichkeit und Ausgleich bestehen.“ Auf einer Pressekonferenz in Stuttgart am 20. Februar 1953 quittiert Dr. Heinemann das Miteinander von Protestanten und Katholiken wenig tolerant mit der Behauptung, die CDU mißbrauche das Christliche für Parteipropaganda.

Das sagt Dr. Heinemann heute, nachdem er bis vor kurzem noch Mitglied dieser Partei war und sich bis 1950 aktiv für diese Partei eingesetzt hat. Wir halten Dr. Heinemann für zu lauter, als daß er Jahr und Tag für eine Partei eingetreten wäre, die das Christentum nur für Parteipropaganda mißbraucht. Aber wir meinen, Dr. Heinemann sollte auch die letzte Lauterkeit besitzen, um der CDU nicht den Vorwurf zu machen, sie trage eine christliche Maske. Erklärte er doch 1949, weshalb er in der Union stehe: „Die Union ist der politische Zusammenschluß der evangelischen und katholischen Menschen zu gemeinsamem Handeln aus christlicher Verantwortung.“

Und darum stehen auch heute noch die Menschen in der Union.

Dr. Heinemann

(am 21. Juli 1949 in Heidelberg):

„Der Gouverneur Robertson antwortete darauf (Intervention Dr. Heinemanns in bezug auf Erhaltung von Arbeitsplätzen bei Krupp) am 23. Oktober 1947, daß die Militärregierung tun und lassen könne, was sie wolle. Unsere deutsche Situation hat sel-

Dr. Heinemann begrüßte es also 1949, daß es „wenigstens einmal hier im Westen einen Schritt nach vorn gab in der Wiederherstellung eigener deutscher Staatlichkeit und Regierungsgewalt“. Dr. Heinemann begrüßt es heute nicht, daß es nunmehr hier im Westen den entscheidenden Schritt nach vorn gibt durch Eingliederung des freien Deutschland in die freie Welt. Als die Bundesrepublik geschaffen wurde, sagte Dr.

ten eine so grelle Beleuchtung erfahren wie durch diese Antwort; sie entspricht auch in dieser Stunde noch dem Stand der Dinge. Aber es soll nun anders werden mit der Wahl des Bundesparlamentes, mit dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts. Es soll anders werden, wenigstens einmal hier im Westen. Es wird für den Westen einen Schritt nach vorn geben in der Wiederherstellung eigener deutscher Staatlichkeit und Regierungsgewalt."

Heinemann nicht Nein, sondern wurde Innenminister. Dabei handelte es sich bei der Gründung der Bundesrepublik doch einwandfrei um eine klare West-Lösung, gegen die Dr. Heinemann nunmehr laut seine Stimme erhebt. Die Ueberlegung von damals: erst einmal Freiheit für uns im Westen, gilt heute für uns noch genau so. Die Vertragswerke sind im Grunde eine Konsequenz der Bildung der Bundesrepublik und stehen unter gleichen Aspekten, wie die Schaffung dieser Bundesrepublik: über die Freiheit in Westdeutschland zur Freiheit für ganz Deutschland. Die Freiheit für ganz Deutschland ist nur zu erreichen, wenn die freie Welt die deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu ihrem eigenen Anliegen macht. Das ist in den Vertragswerken eindeutig niedergelegt. Das ist die Konzeption der Bundesregierung. Dr. Heinemann hat sie 1949 vertreten, Dr. Heinemann greift sie 1953 erbittert an.

Dr. Heinemann

(am 21. Juli 1949 in Heidelberg):

"Das sind die Gründe, weshalb ich in der Union stehe. Die Union ist der Zusammenschluß von evangelischen und katholischen Menschen zu gemeinsamem Handeln aus christlicher Verantwortung. Die Union ist der Zusammenschluß aller Berufe und Stände zu gemeinsamem Handeln aus der Verantwortung für die ganze deutsche Volkswirtschaft. Die Union ist der Zusammenschluß deutscher Menschen in allen Teilen unseres Vaterlandes, auf daß wir ein Volk sein und bleiben werden. - Das gemeinsame Anliegen ist dieses: Es sollen Regierungen und Parlamente mit Männern und Frauen besetzt werden, welche aus christlicher Gewissensbindung handeln..."

Genau das sind die Gründe, weshalb Millionen Menschen in Stadt und Land stets aufs neue ihr Votum für die CDU abgeben. Dr. Heinemann hat sich von dieser Union der evangelischen und katholischen Menschen getrennt und sich zur Gründung einer Partei entschlossen, in deren Manifest vom 29. November 1952 man vergeblich ein Bekenntnis zu gemeinsamem Handeln aus christlicher Verantwortung sucht. Man findet in diesem Manifest auch nicht das Bekenntnis zu dem gemeinsamen Anliegen, das Dr. Heinemann 1949 so präzisierte: "Es sollen Regierungen und Parlamente mit Männern und Frauen besetzt werden, welche aus christlicher Gewissensbindung handeln."

Das Manifest von Dr. Heinemanns neuer politischer Heimat gibt sich in dieser Hinsicht mehr als zurückhaltend. Man scheint geradezu ängstlich bemüht zu sein, die Dinge nicht deutlich beim christlichen Namen zu nennen. In dem Manifest der Gesamtdeutschen Volkspartei heißt

Weil wir einig darin sind, daß in Deutschland eine an Gottes Bibel gebundene Obrigkeit erstehen, deshalb handeln wir politisch gemeinsam."

es nur unverbindlich: „Wir achten das religiöse und kulturelle Leben in seinem unantastbaren Eigenwert und fordern seine Unabhängigkeit von staatlicher Bevormundung." Kein Wort mehr von christlicher Verantwortung, kein Wort mehr von Männern und Frauen, die aus christlicher Gewissensbindung handeln, kein Wort mehr von christlicher Demokratie, kein Wort mehr von einer an Gottes Wort gebundenen Obrigkeit, kein Wort mehr von gemeinsamem Handeln evangelischer und katholischer Menschen. Die neue Partei Dr. Heinemanns spricht lediglich von der Achtung des religiösen Lebens. Fürwahr, eine bedenkliche Bescheidung im Hinblick auf das Gesicht dieser Partei.

DER SCHULKAMPF IN BADEN-WÜRTTEMBERG

von Peter Wenzler

Die deutsche Nachkriegspolitik ist nicht arm an Beispielen für den weltanschaulichen und religiösen Kampf, der sich innerhalb der politischen Parteien abspielt. Selten jedoch ist der Verlauf der Fronten so sichtbar in Erscheinung getreten wie bei dem Schulkampf im deutschen Südwesten. Dieser kalte Kulturkampf tobt nun seit der Bildung des Südweststaats vor einem Jahr. Er wird andauern, solange die gegenwärtige liberal-sozialistische Koalition in Stuttgart auf ihrem Weg weitergeht, die aus echter christlicher Verantwortung handelnden Kräfte von der Mitarbeit und Mitverantwortung bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens auszuschließen.

Stand schon die Bildung der ersten Südweststaat-Regierung unter dem Zeichen des Ausschlusses der stärksten Fraktion, weil sie christlich ist, so setzte die knappe Koalitionsmehrheit (SPD, FDP, BHE) in Regierung und Parlament ihre Politik folgerichtig mit der Ablehnung aller aus dem christlichen Raum kommenden Forderungen fort. Die so erzeugte Kulturkampfstimmung prägt gegenwärtig das Gesicht der südwestdeutschen Landespolitik.

Im Mittelpunkt der kulturpolitischen Auseinandersetzung steht die Schulfrage. Die Form der Volksschule ist deswegen nicht auf einen Nenner zu bringen, weil in drei Landesteilen die Christliche Gemeinschaftsschule besteht, im Landesteil Württemberg-Hohenzollern aber neben einigen Simultanschulen in der Mehrzahl evangelische und katholische Bekenntnisschulen aufgrund von Elternabstimmungen errichtet worden sind. Im Abstimmungskampf um den Südweststaat haben sich die führenden Politiker aller Parteien verbindlich für den status quo in der Schulfrage ausgesprochen. Nach den Grundsätzen der „Karlsruher Vereinbarungen" sollte die Christliche Gemein-

schaftsschule in den Landesteilen erhalten bleiben, wo sie bereits besteht. Für Württemberg-Hohenzollern sollten die nach dem Willen der Eltern errichteten Schulen auf bekennnismäßiger Grundlage gleichfalls bestehen bleiben.

Die Stuttgarter Koalition begann ihre politische Arbeit mit dem Bruch dieser feierlich gegebenen Versprechung, indem sie die Einführung der Gemeinschaftsschule im ganzen Bundesland zum Programm erhob. Der Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier begründete diesen Schritt mit dem mechanistischen Rezept: was in vier Fünfteln des Landes gut sei, könne im letzten Fünftel nicht schlecht sein.

Seither reißt die Flut der Broschüren, Resolutionen und Denkschriften nicht mehr ab. Die liberal-sozialistische Mehrheit läßt sich davon nicht beeindrucken. Sie nützt ihre geringe parlamentarische Mehrheit aus, ohne auf die ernstesten Proteste aus dem christlichen Lager zu hören.

Die Beratungen über die neue Landesverfassung von Baden-Württemberg geben dafür ein eindrucksvolles Beispiel. Nach stundenlangen Debatten im Verfassungsausschuß der der Verfassungsgebenden Landesversammlung wurde die CDU mit ihren Forderungen in der Schulfrage ausnahmslos niedergestimmt. Das Abstimmungsergebnis 14:11 wird bereits als „klassisch“ bezeichnet.

Nach dem ersten Durchgang der Verfassungsentwürfe im Ausschuß haben die Stuttgarter Mehrheitspolitiker folgende Beschlüsse durchgesetzt: Einzige Schulform der Volksschule ist die sogenannte Christliche Gemeinschaftsschule. Ergeben sich bei der Auslegung des christlichen Charakters Zweifelsfragen, so entscheidet die staatliche Instanz. Die Lehrerausbildung soll einem einfachen Gesetz überlassen bleiben; ihre konfessionelle Grundlage wird nicht anerkannt. Bekennnismäßig nicht gebundene Lehrer können selbstverständlich in der „Christlichen“ Gemeinschaftsschule angestellt werden. Das Recht der Privatschulen auf angemessene staatliche Unterstützung wird verfassungsrechtlich nicht garantiert.

Wer die Verfassungsartikel in ihren Auswirkungen prüft, erkennt sehr bald, daß damit das staatliche Schulmonopol proklamiert und das Recht der Eltern rücksichtslos beiseite geschoben ist. Geradezu grotesk nimmt sich die Bestimmung aus, daß die staatliche Instanz entscheiden soll, was „christlich“ ist und was nicht. Der Vorschlag der CDU und der beiden Kirchen, eine solche Entscheidung dem Zusammenwirken von Eltern, Lehrern, Staat und Kirchen zu überlassen, wurde niedergestimmt. Den Privatschulen wird jede Entfaltungsmöglichkeit durch die für die Staatsschulen garantierte Einführung der Lernmittelfreiheit genommen, weil die Koalitionspolitiker Angst haben, das staatliche Schulmonopol könnte durch die Errichtung konfessioneller Privatschulen entscheidend durchbrochen werden.

Für die CDU als Opposition ergab sich bei dieser Lage die Pflicht, die Forderungen der christlichen Bevölkerung und der beiden Kirchen auf dem politischen Feld zu vertreten. Sie bedurfte dazu keines Auftrags, der ihr nicht schon durch die Wähler erteilt worden wäre. Sie würde sich selbst untreu sein, wenn sie diesen Auftrag nicht gradlinig erfüllt hätte und weiterhin erfüllen würde. In Uebereinstimmung mit den maßgebenden Instanzen der beiden christlichen Kirchen schlug sie deshalb in ihrem eigenen Verfassungsentwurf vor, den Eltern ein maßgebliches Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung

des Erziehungs- und Schulwesens einzuräumen. Im übrigen setzte sich die CDU für eine Lösung ein, die für alle Teile tragbar gewesen wäre und auf lange Zeit den Schulfrieden gesichert hätte: Die gegenwärtig bestehenden Schulformen sollten solange erhalten bleiben, bis ein mit Zweidrittelmehrheit zu beschließendes neues Schulgesetz eine andere Regelung bringt. Sie wurde mit diesem echten Kompromißvorschlag ebenso niedergestimmt, wie mit ihren Forderungen nach einer Vertiefung und Verstärkung des christlichen Charakters der Volksschule und einer teilweise konfessionellen Lehrerbildung.

Aber nicht nur die christliche Partei, auch die nicht zu überhörenden Stimmen der christlichen Kirchen wurden von den Stuttgarter Koalitionspolitikern mit Argumenten aus der Requisitenkammer des Kulturkampfes beiseite geschoben. Redeten sich die liberalen und sozialistischen Abgeordneten zunächst ein, sie müßten einen Machtanspruch der katholischen Kirche um der Toleranz willen abwehren, so gingen sie später dazu über, das Wort „Christentum“ in ihre Propaganda einzubauen.

Der Landeskirchentag, die Synode der evangelischen Landeskirche in Württemberg, hatte inzwischen unmißverständlich die Haltung der evangelischen Kirche zum Ausdruck gebracht: „Die Evangelische Kirche wird um einer im Glauben gegründeten, in sich geschlossenen Erziehung willen stets wünschen, daß evangelische Kinder in evangelische Schulen gehen können; aber unter den heutigen Umständen halten wir die ‚Christliche Gemeinschaftsschule‘ für eine mögliche Lösung unter der Voraussetzung, daß alles geschieht, um den christlichen Charakter dieser Schulen zu vertiefen und zu stärken.“ So hieß es in einer im Januar 1953 gefaßten Entschließung, in der weiter gefordert wurde: Zusammenfassung von Parallelklassen auf bekennnismäßiger Grundlage, konfessionelle Lehrerbildung, Beachtung des Elternwillens in Württemberg-Hohenzollern, Unterstützung der Privatschulen aus öffentlichen Mitteln. Wörtlich erklärt der Landeskirchentag: „Wo durch ein Führungsbekenntnis bestimmter staatlicher Stellen die Christliche Gemeinschaftsschule ihren Sinn verliert, werden wir auch evangelische Bekenntnisschulen fordern müssen.“ Das ist eine klare Absage an das von der CDU grundsätzlich abgelehnte staatliche Schulmonopol, das in Stuttgart aufgrund einer parlamentarischen Zufallsmehrheit nun errichtet werden soll.

Das ist aber auch eine Absage an jene „Christlichkeit“, die von führenden Koalitionspolitikern der Stuttgarter Mehrheit landauf, landab propagiert wird. Der sozialdemokratische Kultminister Dr. Gotthilf Schenkel setzt sich für ein Christentum ein, das „über den Konfessionen“ steht. Der SPD-Kulturexperte und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Willi Lausen, hat das Wort geprägt von den „vielen wahren Christen, die aus Religion ihre Kirche verlassen haben“. Das schmückende Beiwort „christlich“ für die Gemeinschaftsschule nach dem Stuttgarter Rezept ist nicht mehr als ein Propagandaschlag. Christentum ist für Politiker der südwestdeutschen SPD und FDP eine unverbindliche und allgemeine ethische Haltung. Der Glaube an die Gottheit Christi und die Bindung an das von Christus gegebene Sittengesetz sind für sie einengende konfessionelle Dogmatismen, die zur Intolleranz führen. Im Zweifelsfall wird der Staat durch Kabinettsbeschluß bestimmen können, was in Baden-Württemberg als „christlich“ zu gelten hat.

Es ist selbstverständlich, daß christliche Politiker einer Verfassung, wie sie in Baden-Württemberg gemacht wird, niemals zustimmen können, wenn sie ihrem Wählerauftrag und ihrer Verantwortung treu bleiben. So überzeugend der Kampf der südwestdeutschen CDU-Opposition um die christliche Schule ist, so unehrlich ist der Beschluß der Stuttgarter Koalition zur Einführung der „Christlichen Gemeinschaftsschule“ als staatlicher Zwangseinheitsschule. Wenn die gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse im Südweststaat der CDU auch keine Chance geben, eine wahrhaft christliche Schule verfassungsrechtlich zu verankern, weil die Parlamentsmehrheit eine Volksabstimmung über die Verfassung ablehnt, so haben die Vorgänge in Baden-Württemberg doch den Vorteil, daß sie dem christlichen Wähler die Augen dafür öffnen können, was Christentum im parteipolitischen Leben bedeutet.

AUFFALLENDE GEGENSÄTZE

Zwei Gesichter der SPD

epd meldet: Bei einer Aussprache, zu der die Evangelische Akademie in Hessen und Nassau Abgeordnete und leitende Mitarbeiter der Sozialdemokratischen Partei Hessens, sowie Vertreter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau eingeladen hatte, erklärte der hessische Kultusminister Metzger, der einstige Gegensatz zwischen Kirche und Sozialdemokratie bestehe heute praktisch nicht mehr. Metzger, der aus der evangelischen Jugendbewegung hervorgegangen ist und als Abgeordneter der hessen-nassauischen Kirchensynode angehört, wies darauf hin, daß man heute innerhalb der SPD einem neuen großen Interesse für religiöse Fragen begegne. Der Minister wandte sich scharf gegen Parteien, die das Christentum für sich zu beanspruchen versuchten, und erklärte, Kirche und Sozialdemokratie könnten heute nicht nur miteinander sprechen, sie könnten einander auch verstehen.

Bundestagsabgeordneter Eichler wandte sich gegen die Meinung, die SPD wolle die Kirche zu ihrem Verbündeten machen. Jedoch gebe es viele Gebiete, auf denen man in ehrlicher gegenseitiger Anerkennung am gleichen Strang in der gleichen Richtung ziehen könne. Er erkannte den Anspruch der Kirchen an, auch in Fragen des Staates ihre Stimme zu erheben. Auf keinen Fall dürfe die Kirche jedoch eine bestimmte Partei zu ihrer Partei erklären.

Die vorstehenden Äußerungen namhafter Vertreter der SPD lassen aufhorchen. Wir glauben, unseren Lesern einige Auszüge aus dem, was bisher von dieser Seite zum Thema Christentum und Kirche laut geworden ist, nicht vorenthalten zu können. (Die Red.)

Bundestagsabgeordneter Willi Eichler, Hauptschriftleiter der „Rheinischen Zeitung“, erklärte auf dem Parteitag der SPD vom Mai 1946 in Hannover:

„Ein Wort über das Christentum. Wir müssen uns auch hierüber klar werden, was es bedeutet, wenn wir sagen – was wohl richtig ist –, es könne jemand aus dem Geist der Bergpredigt heraus Sozialist werden. Wir müssen uns dann aber auch klar darüber sein, daß kein Geringerer als Karl Marx die Religion als ‚Opium für das Volk‘ erklärt hat,

und kein Geringerer als August Bebel gesagt hat: „Christentum und Sozialismus stehen einander gegenüber wie Feuer und Wasser.“

Aber diese beiden Sozialisten haben gewiß kein Evangelium geschrieben. Nur muß man sich darüber verständigen, was wir heute darüber denken. Das ist auch propagandistisch nötig.“

In der „Sozialistischen Rundschau“ - Mitteilungen der SPD Ost-Westfalen und Lippe - Nr. 20 vom 1. 2. lesen wir:

„Ich bin der Meinung, daß die Frage Religion und Sozialismus schon vor 1933 hätte viel radikaler behandelt werden müssen, dann wäre der Stamm der alten Parteigenossen mit diesem Ballast nicht mehr behaftet.... Man würde dann heute auch nicht mehr so viele alte sogenannte Parteigenossen vorfinden, die gute Christen, zu gleicher Zeit aber auch gute Sozialdemokraten sein wollen. Wenn alte, in der Parteibewegung ergraute Genossen noch Mitglieder einer Kirche sind, so zeigt das, wie wenig sich diese eigentlich mit dem Wesen der Partei befaßt haben. Nun mag das noch hingehen, wenn es sich um einfache Genossen handelt; viel schlimmer aber ist es, wenn führende Genossen und Parteiredner auch in öffentlichen Versammlungen vom Rednerpult aus sich zur Kirche bekennen. Diese Herren hätten dann doch lieber Pfarrer werden sollen, dann würden sie für ihre christlichen Ergüsse auch ein geneigteres Publikum vorfinden. Für einen wirklichen Sozialisten aber wirken solche Redensarten ekelhaft.

Die Kirche ist und bleibt der ärgste Feind. Sie erzieht die Menschen zu Fatalisten und macht sie zu geistigen Krüppeln Deshalb wird die Kirche einem Kampf niemals entgegengehen können.“

Die „Fackel“ - Zeitschrift des Sozialistischen Studentenbundes - schreibt in Nr. 1/1949:

„... Daher ist es ganz natürlich, daß der Sozialismus zunächst auf ökonomischem Gebiet seine Aufgabe sah und die Wirtschaftsform auch heute noch mit Recht in den Vordergrund stellt. Aber dabei dürfen wir nicht haltmachen, auf noch einem Gebiet ist der Mensch zu befreien: auf dem geistigen. Und hier ist der Unterdrücker die christliche Kirche, die auch heute noch im wesentlichen die gleiche Rolle spielt wie vor hundert Jahren zu Marx's Zeiten. Der Sozialismus will den Menschen zur Freiheit erziehen, die Kirche erzieht ihn zur Unfreiheit....“

In der sozialdemokratischen Zeitung „Fränkische Tagespost“ heißt es zur Jahreswende 1952/53:

„Es ist doch eine Schande, eine Kulturschande größten Ausmaßes, daß man allem besseren Wissen zum Trotz wie vor Jahrtausenden immer noch glaubt, daß stupides Hoffen und Harren uns das Glück bringt, daß nicht eigenes Handeln, sondern das Opfer eines anderen, eines Messias, uns Erlösung schenken wird. Sich auf andere verlassen, heißt, verlassen sein; und wer das glaubt, daß subjektive Empfindungen Einzelner objektive Werte für viele bedeuten, unterwirft sich noch gefährlicherem Irrtum. Nur schwache, haltlose und willenslose Naturen brauchen Erlösung. Wer sich nicht auf andere verläßt, sondern selbst sein Schicksal zu gestalten anfängt, verzichtet auf Erlösung, denn er verwirklicht real in seinem Leben alles das, was die anderen in ihrer krankhaften Phantasie unreal sich vorgaukeln. Wenn wir als wahrhaftige Menschen ein unser würdiges Dasein führen wollen, dann nicht in der Hoffnung auf einen Gott, der uns erlösen müßte.“

NOCH EINMAL: „KATHOLISCH-KONSERVATIV“ UND „EVANGELISCH-SOZIALISTISCH“

In Nr. 2 der EVANGELISCHEN VERANTWORTUNG wies Propst D. Asmussen in seinem Diskussionsbeitrag „Bekenntnis zum Bruder“ darauf hin, daß der Bundestagsabgeordnete der SPD, Dr. Adolf Arndt, in der „Jungen Stimme“ die Dinge so dargestellt habe, als ob in Europa eine katholisch-konservative Kräftegruppe einer evangelisch-sozialistischen Kräftegruppe gegenüberstehe.

Dr. Arndt hat diese Bemerkung zum Anlaß eines Briefes an D. Asmussen genommen, den er auch uns zugeleitet hat.

Dr. Arndt führt darin aus, daß die Schriftleitung der „Jungen Stimme“ seinen Beitrag aus technischen Gründen gekürzt habe. Er habe nachweisen wollen, daß nur eine politische Idee staatsbildende Kraft habe, dagegen weder eine kulturelle, noch eine wirtschaftliche Einheit aus sich allein staatsbildend wirke. Dr. Arndt erklärt weiter, daß er an dem Tage die Sozialdemokratische Partei verlassen werde, an dem sie von sich zu behaupten suchte, daß sie eine christliche Partei sei. Nach seinem christlichen Glauben evangelischer Konfession könne kein Staat, keine Partei und überhaupt keine weltliche Einrichtung für sich den Anspruch erheben, christlich zu sein.

Propst D. Asmussen hat Dr. Arndt darauf geantwortet, daß es zweifellos weltliche Einrichtungen und auch Parteien gebe, die unchristlich sind. Er hat darauf aufmerksam gemacht, daß bei dem einfachen Wähler die Gleichung, Sozialdemokratie sei die Erlösung vom Christentum, noch lange nicht außer Kraft sei. D. Asmussen meint, für einen Christen sei schon etwas gewonnen, wenn weltliche Einrichtungen nicht gegen das Christentum seien. Schließlich schreibt D. Asmussen: „Sie werden kaum in Abrede stellen, daß viel Fleiß darauf verwendet ist, der CDU anzuhängen, daß sie ‚katholisch‘ ist. Welches Interesse hat eigentlich die SPD daran? Kann das anders aufgefaßt werden als so, daß die SPD sich interessiert um Dinge, die nun gerade nicht spezifisch politisch sind, und daß sie auf diese Weise auf konfessionelle Ressentiments spekuliert, besonders in betont nicht-katholischen Gegenden? Ich habe nicht verstanden, das führende Sozialdemokraten von dieser Art der Kritik abgerückt sind.“

Wir haben dieser Stellungnahme nichts hinzuzufügen.

Nur eine persönliche Bemerkung ist noch vonnöten:

In seinem Brief an Propst D. Asmussen schreibt Dr. Arndt: „Daß im gleichen Falle ein Politiker, der gern von sich reden macht, in eine seiner Reden über mich die Bemerkung eingeflochten hat: ‚...Man hat kürzlich den Versuch gemacht, dieses Europa aufzuspalten in ein angeblich katholisch-konservatives und ein protestantisch-sozialistisches. Man wird mit diesem Versuch der Scheidung um eines parteipolitischen Zieles willen keinen Erfolg haben...‘ – berührt mich weniger, da ich von diesem Politiker leider solche Verdächtigungen schon gewohnt bin und ihm bereits einmal gesagt habe, ich könne darauf nur mit schweigender Trauer antworten, was allerdings nicht ausschließt, daß ich ihn eines Tages an das Gebot erinnern werde, nicht falsch Zeugnis wider seinen Nächsten zu reden, zumal dieser Politiker als Jurist noch von Beruf Oberkirchenrat ist.“

Ich nehme dazu nicht darum Stellung, weil diese Art von „schweigender Trauer“ neuartig ist, noch weil mich das bei dem Herrn Abgeordneten Dr. Arndt ja nicht ganz ungewohnte Pathos seines Redens dazu veranlaßte. Ich gebe nur wieder, was Dr. Arndt in der ungekürzten Fassung seines Aufsatzes für die „Junge Stimme“ geschrieben hat:

„Man hat nicht zu Unrecht (Sperrung von uns) von den zwei Europas gesprochen, dem Katholisch-Konservativen (z. B. Italien, Frankreich, Spanien) und dem Protestantisch-Sozialistischen (z. B. Großbritannien und die skandinavischen Länder). Deutschland vereinigt beide Elemente in sich, es spiegelt auch diese Teilung Europas in sich selbst wider. Der häufige Gebrauch oder gar Mißbrauch des etwas nebelhaften Begriffes ‚Abendland‘ kann diese Tatsache nicht verdecken . . . Kulturelle Einheit für sich ist nicht staatsbildend. Eine solchermaßen fingierte kulturelle Einheit zur Grundlage eines politischen Zusammenschlusses zu machen, wird aber notwendig durch Ausschluß der anderen Elemente europäischer Kultur zur Spaltung Europas im Politischen führen.“

Dr. Arndt substantiiert das später noch dahin, daß er sich dagegen wende, in Europa eine katholisch-konservative Kräftegruppe einer evangelisch-sozialistischen Kräftegruppe gegenüberzustellen. Sowohl Montanunion wie EVG seien auf eine Staaten-
gruppe beschränkt, in der Frankreich und Italien stärker katholisch akzentuiert seien.

Unsere Leser mögen sich ihre eigenen Gedanken über diese Beweisführung machen und überlegen, wie weit man etwa gerade Frankreich heute als katholisch und konservativ oder England als sozialistisch geprägt bezeichnen kann, wenn man nicht damit irgendwelche innerdeutschen parteipolitischen Zielsetzungen motivieren will. Da ich nicht nur Oberkirchenrat, sondern auch Jurist bin, muß ich feststellen, daß ich meine Ausführungen auf dem Hamburger Parteitag, die Dr. Arndt zitiert hat, durch diesen Brief nur bestätigt finde. Ich werde gern bereit sein, den Wettstreit in der Vermahnung, nicht falsch Zeugnis zu reden, mit Herrn Dr. Arndt aufzunehmen.

Dr. Hermann Ehlers

AN UNSERE LESER

Die EVANGELISCHE VERANTWORTUNG hat in der kurzen Zeit seit ihrem ersten Erscheinen in weiten Kreisen der politisch interessierten evangelischen Bevölkerung bereits solchen Anklang gefunden, daß ihre Auflage heute schon fast das Dreifache der vorgesehenen Höhe erreicht. Wir hoffen, daß unsere Leser mit uns zu einer echten Gemeinschaft zusammenwachsen und gern bereit sein werden, später einen kleinen Unkostenbeitrag zu unseren Auslagen zu leisten. Wir werden in der September-Ausgabe auf entsprechende Einzelheiten zurückkommen. Bis dahin erfolgt die Belieferung mit unserer Korrespondenz weiterhin kostenlos.

Wir bitten unsere Leser um ihre Mithilfe bei Ausbau und Berichtigung unserer Versandkartei. Bitte schreiben Sie uns, wenn die EVANGELISCHE VERANTWORTUNG Sie nicht unter Ihrer richtigen und genauen Anschrift erreicht oder Ihnen doppelt zugestellt wird. Bestellungen unserer Korrespondenz sind zu richten an die Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bonn, Görresstraße 40 (Ruf: 2 11 31).

Aus Raumgründen müssen wir leider in dieser Folge auf die Wiedergabe von Auszügen aus den täglich bei uns eingehenden Leserzuschriften verzichten. Wir werden jedoch in Nr. 4 einen erheblichen Raum für Diskussionsbeiträge aus unserem Leserkreis und ihre Beantwortung verwenden.

Herausgeber und Redaktion